

KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Roland Mundle Höhenstraße 20 71069 Sindelfingen

Herr Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Öffentlich

KREISTAGSFRAKTION



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@t-online.de

Bearbeiter/-in: Roland Mundle

Böblingen, 20.11.2017

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse,
liebe Gäste!

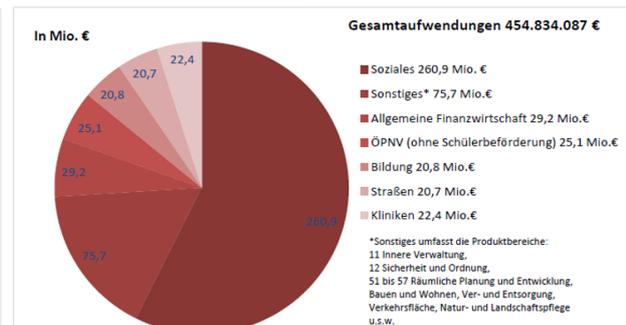
Präsentation zur Haushaltsrede der Fraktion Die Grünen Haushalt 2018 Landkreis Böblingen

1. Übersicht über die Erträge



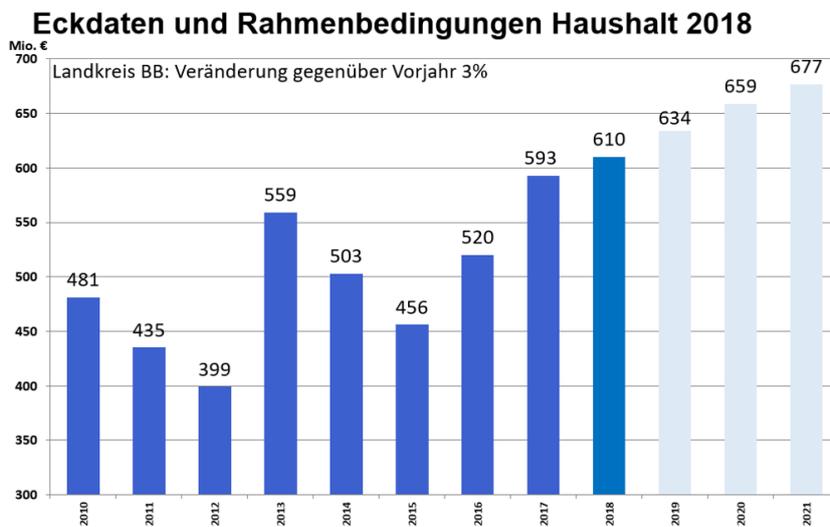
ABB. 8 ÜBERSICHT ÜBER DIE ERTRÄGE DES LANDKREISES

2. Übersicht über die Aufwendungen



20-11-2017
R. Mundle

Die Entwicklung der Steuerkraftsumme sorgt für eine sehr gute finanzielle Perspektive



Folie 2

Die wirklich sehr gute wirtschaftliche Lage macht es uns möglich, trotz weiterhin stetig steigendem Haushaltsvolumen und **einer Unterdeckung im Planansatz von 14,3 Mio. €** zuversichtlich und optimistisch in die nahe Zukunft zu schauen – zumindest aus finanzieller Sicht. In näherer Zukunft scheint diese Situation erfreulicherweise anzuhalten.

Zahlungsmittelbedarf, statt Überschuss und starkes Abschmelzen der Rücklagen

2. im **Gesamtfinanzhaushalt** mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	428.488.739
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	438.011.252
Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.522.513
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.493.500
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	29.705.350
Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-21.211.850
Finanzierungsmittelüberschuss	-30.734.363

Folie 3

Kritisch sehen wir jedoch **den Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von ca. 9,5 Mio. €**. Hier sollte sich zur möglichen Darlehenstilgung ein Überschuss ergeben. Der Zahlungsmittelbedarf muss aber aus den Rücklagen gedeckt werden. Gemein-

sam mit dem Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit führt dies so zu einem **Ab-schmelzen der Rücklagen um 30,7 Mio. €.**

Umsetzung der UN-Konventionen und Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen



4

Folie 4

Bei den **Kosten für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**, die weiterhin den Löwenanteil der Sozialkosten ausmachen, durchbrechen wir bereits 2017 – wie sich der Landrat ausdrückte – die Schallmauer von 50 Mio. €. In 2018 erreichen wir 54,5 Mio. €. Hier dürfen wir jedoch den wesentlichen Erfolg nicht vergessen: **Die Umsetzung der UN-Konventionen und die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen.**

Bundesteilhabegesetz (BTHG) engmaschige Begleitung des Umsetzungsprozesses

Stufenweises Inkrafttreten des BTHG

Landkreise bleiben Träger der Eingliederungshilfe

Ab 1.1.2017
1. Stufe

Ab 1.1.2018
2. Stufe

Ab 1.1.2020
3. Stufe

Umgesetzt

Vorbereitung läuft

Vorbereitung ab 2018/2019

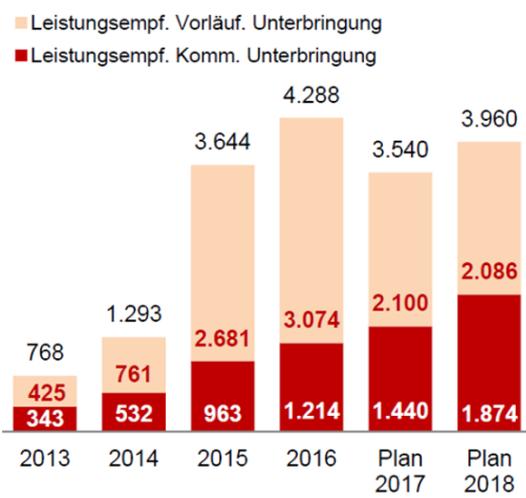
5

Folie 5

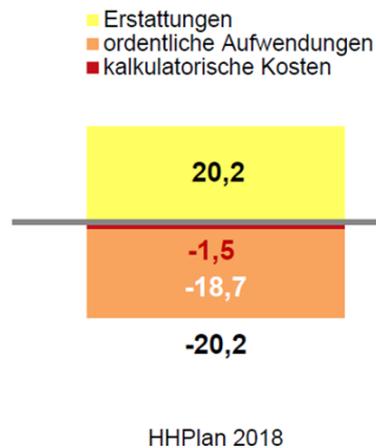
Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erfolgt in Stufen bis 2020. Im Landkreis besteht die Sorge, dass man aufgrund der in Baden-Württemberg existierten Mischlösung – Kommunen werden ab 2018 und Landkreise erst mit zweijähriger Verzögerung über die Kreisumlage entlastet - auf zusätzlichen Kosten von bis zu 5 Mio. €/a sitzen bleibt (Konnextitätslücke). Demgegenüber steht die Zusage unseres **Sozialministers Lucha**, dass das Land eine engmaschige Begleitung des Umsetzungsprozesses zusagt und **tatsächliche Mehrkosten** dann vergütet werden.

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Aufnahme von Flüchtlingen



Vorläufige Aufnahme von Flüchtlingen (TH23)



6

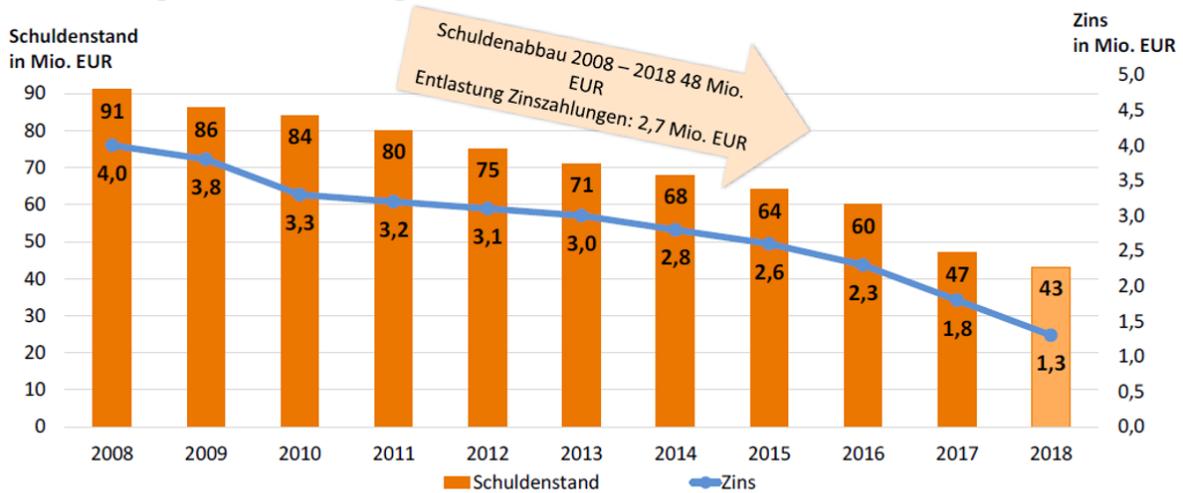
Folie 6

Die **Integration der Flüchtlinge** stellt den Kreis und die Kommunen weiterhin vor Herausforderungen. 2017 hat der Kreis die Kommunen bei der Unterbringung entlastet und sich damit für deren Solidarität vor allem in den Jahren 2015 und 2016 bedankt. Wir setzen darauf, dass auch für den vollständigen Übergang von den vorläufigen Unterbringungen in die kommunale Anschlussunterbringung einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Gemeinsam mit dem Land sollten Lösungen gesucht werden, damit der Kreis nicht auf den Kosten der „Geduldeten Flüchtlinge“ sitzen bleibt. Wichtig ist hier:

Insgesamt kann für den Landkreis festgestellt werden, dass die Erstattungen des Landes im Flüchtlingsbereich auskömmlich sind.

Entwicklung der Verschuldung

Entlastung der Kreisumlage durch Schuldenabbau



Folie 7

Wir Grünen stehen weiterhin hinter der **Entschuldung des Kernhaushaltes** erst recht in dieser guten wirtschaftlichen Situation. Frei nach Volkes Stimme: „**Spare in der Zeit, dann hast du in der Not**“.

Zumal auch die meisten Kreiskommunen momentan eine gute bis sehr gute Finanzsituation haben und im Mittel geringer verschuldet sind als der Landkreis.

Die vorgesehenen Investitionen der nächsten Jahre werden **neue Kredite in der Größenordnung von bis zu einer viertel Milliarde €** nach sich ziehen und dies trotz einer vorbildlichen Rücklagenbildung. Für die zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen fordern wir **eine Gesamtschau der Verschuldung**, die sowohl die Eigenbetriebe als auch die Zweckverbände mit beinhaltet. Allein im Zweckverband Schönbuchbahn wurden Stand heute 53 Mio. € Schulden aufgebaut.

Stellenplan, Stellzuwachs netto 17,2 Personalkosten plus 6,3 Mio. € in 2 Jahren (netto)

■ Grund- und Strukturzahlen

	2013	2014	2015	2016	Plan 2017	Plan 2018
Stellen lt. Stellenplan ¹⁾	1.246,19	1.268,23	1.327,88	1.428,27	1.474,82	1.503,77
Wiedereinsteigerinnen	21	15	14	14	22	ca. 18

1) ohne Auszubildende, Praktikanten, Landesbedienstete

Stellenmehrbedarf (ohne Eigenbetriebe, ohne Praktikanten)

Stellenplan 2018	Mehrbedarf	Trainee	vollfinanz. Projekte	Stellenwegfall	Stellenzugang
Stab	1,50		0,25	0,00	1,75
Dez 01	4,00			0,50	3,50
Dez 02	11,45		9,00	²⁾ 21,35	0,10
Dez 03	9,10			0,50	9,6
Dez 04	3,00			0,75	2,25
Sonstige		2,00			
Summe	29,05	2,00	9,25	23,10	17,20

2) davon 19,25 Stellen für Migration und 1,6 Stellen für UMA, jeweils mit kw-Vermerk

8

Folie 8

Der Landkreis gehört zu den größten Arbeitgebern im Kreis, im Haushaltsjahr 2018 wird die Grenze von 1.500 MitarbeiterInnen überschritten. Die Anzahl von **17 neuen Stellen** und somit einem Zuwachs von 1,4% scheint zwar moderat und kleiner als in anderen Landkreisen. Bei dem Vergleich der Personalkosten im Haushalt, ist jedoch zu erkennen, dass in den letzten zwei Jahren die **Netto- Personalkosten um 6,3 Mio. € gestiegen** sind (ca. 10% oder etwas mehr als ein Kreisumlagepunkt in 2 Jahren). Das hat ein anderes Gewicht.

Da die Kosten im Bereich Personal in der Regel nachhaltig sind, sprechen wir uns hier eindeutig **gegen eine Kommunalisierung von Landesbeamtenstellen** aus.

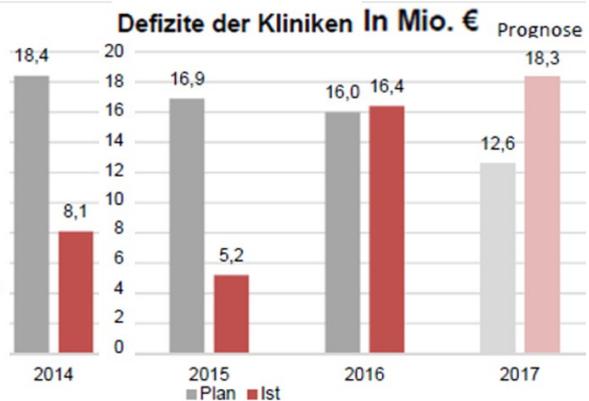
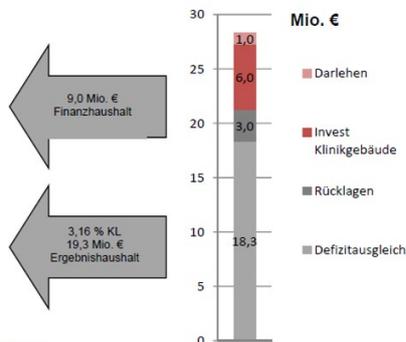
Dazu passend fordern wir vor einer Weiterverfolgung der **Erweiterung des Landratsamtes** in der auf der Ältestenratsklausur dargestellten Dimension **eine Überprüfung des zukünftig wirklich benötigten Arbeitsplatzbedarfes**.

In der Wirtschaft gibt es eine deutliche Tendenz zum Homeoffice und zu flexiblen Arbeitsplätzen, die sich mehrere Mitarbeiter teilen. Wir dürfen es uns nicht leisten möglicherweise einen zukünftigen Büroleerstand zu finanzieren.

Klinikverbund Südwest Teil Kreis Böblingen – Defizitausgleich / Rücklagen / Investitionen und Darlehen



ABB. 21 FINANZSTRÖME IN DEN KLINIKBEREICH



9

Folie 9

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen steht weiterhin zum **Klinikverbund Südwest** und zur verabschiedeten **Medizinkonzeption**. Leider entwickeln sich die Rahmenbedingungen weiterhin in die verkehrte Richtung. Dies erfordert eine **dynamische Adaption unseres Konzeptes** um die Defizite langfristig finanzieren zu können. Nur so können die Häuser in kommunaler Hand gehalten und die Standorte zur ortsnahen Versorgung gesichert werden. Wir sind dankbar, dass es einen **politischen Konsens über alle Fraktionen hinweg** gibt, egal ob es um die Deckung der Defizite, die Zukunftsinvestitionen in die Bestandshäuser oder den Neubau Flugfeldklinik geht. Diese Einigkeit spricht für sich.

Es ist durchaus nachvollziehbar und gehört respektiert, dass man über die Standortwahl anderer Ansicht sein kann.

Nicht tolerierbar aber ist die Vorgehensweise einiger Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Neubau Flugfeldklinikum.

Wir zweifeln stark daran, dass es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Böblingen und Calw ist, die Landtagsabgeordneten aufzufordern den Klinikneubau nicht zu fördern. **Dieses Vorgehen gefährdet eine nachhaltige Krankenhausversorgung in beiden Landkreisen.** Die Bürgerinnen und Bürger sollten genau hinschauen, wer hier in ihrem Sinne oder zu ihrem Schaden unterwegs ist.

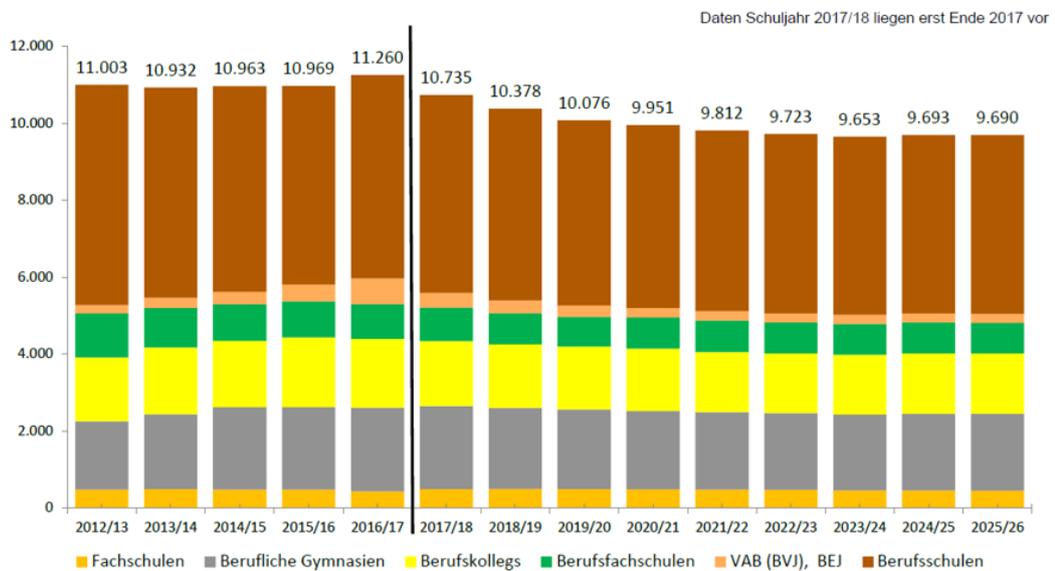
Immerhin hat man schon dazu gelernt, dass es durchaus sinnvoll ist, statt zweier Standorte in Sindelfingen und Böblingen langfristig besser auf einen Standort zu gehen.

Trotzdem wollen wir betonen: **der weitere Defizitanstieg macht uns Sorgen.** Wir fordern die Klinikverbundgeschäftsführung dazu auf und unterstützen sie dabei, alles Sinnvolle zu unternehmen um dem entgegen zu wirken.

Bildung

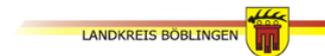
Sanierungskonzept Schulgebäude

Modellrechnung zur Schülerzahlentwicklung Berufliche Schulen



22.09.2017

Seite 9



Folie 11

Mit dem **Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen** wollen wir unserer Verantwortung, **ein breites und gutes Bildungsangebot für die jungen Menschen im Landkreis** anzubieten, nachkommen.

Hierbei ist uns weiterhin die Förderung der **dualen Ausbildung** besonders wichtig.

Sowohl die beruflichen Schulen als auch unsere sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sind sehr gut ausgelastet. Laut Modellrechnung bleibt die Schülerzahl auch in Zukunft hoch.

In diesem Bereich sind in Folge eines **Sanierungsstaus** und der **neuen Herausforderungen bei der Digitalisierung Investitionen dringend notwendig**. Wir stehen hinter der **Erarbeitung einer Immobilienstrategie** für kreiseigene Gebäude. Die dafür notwendigen Mittel sollten mit Sperrvermerk im Haushalt verbleiben. So kann diese Ausarbeitung auf Basis der Ergebnisse des Pilotprojektes im Frühjahr 2018 wenigstens beschränkt auf die Schulgebäude vorgenommen werden.

Sozialticket Landkreis Böblingen sozial Schwachen das Recht auf Mobilität sichern

Geklärt:

- Kosten 1,2 Mio. €
- Kreiszuschuss 50%

Noch zu klären:

- Vertriebswege
- Verwaltungsaufwand
- Tarifzonenreform beleuchten

Das kommende Jahr nutzen zur Einführung 2019

12

Folie 12

Aus unserer Sicht ist es ein unbedingtes Muss im wohlhabenden Landkreis Böblingen, **für sozial Schwache das Recht auf Mobilität sicherzustellen**. Zumal die ermittelten Kosten von 1,2 Mio. € pro Jahr deutlich niedriger liegen als ursprünglich vermutet. Wir verstehen es nicht, dass hier nochmals ein ganzes Jahr benötigt werden soll um die möglichen Vertriebswege und den notwendigen Verwaltungsaufwand zu evaluieren. Die Auswirkungen einer möglichen Zonenanpassung des VVS muss mit bewertet werden, damit bei der Beratung des Haushaltsplans 2019 eine Entscheidung getroffen werden kann. Wir wollen hier keine Verschiebung auf den St. Nimmerleinstag.

Volkswirtschaftliche Kosten des Klimaschutzes – Umsetzung unseres int. Klimaschutzkonzepts



Zusammenfassung

Integriertes Klimaschutzkonzept

für den Kreis Böblingen Energie und Verkehr

Endbericht

Im Auftrag des Kreis Böblingen
Gefördert vom Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Heidelberg, 18. Februar 2013

- > Volkswirtschaftliche Kosten BRD (Quelle DIW)
 - > 1970 bis 2014: 90 Milliarden €
 - > Ohne Gegenmaßnahmen bis 2050 hochgerechnet insgesamt 800 Milliarden €

- > Wichtig: Umsetzung Klimaschutzkonzept
 - > Umsetzung der neu aufgelegten Förderprogramme auf kommunaler Ebene

- > Global denken Lokal **handeln**

13

Folie 13

Es gibt einen ökonomischen Zwang zum Handeln.

Kollateralschäden sind auf Dauer teurer!

„Klimawandel und Klimaschutz wird in euren Städten entschieden!“

Das sind Zitate vom Klimagipfel, die unsere Situation trefflich beschreiben. Der Weltenergiebedarf wird sich in den nächsten 40 Jahren vermutlich verdoppeln. Ohne Energieeinsparmaßnahmen und Effizienzsteigerungen im großen Stil werden wir unsere Klimaschutzziele deutlich verfehlen.

Es muss dringend gehandelt werden.

Deshalb muss auch für uns gelten:

Lokal Handeln und global denken!

Beim Naturschutz bieten sich uns reichliche Handlungsfelder vor Ort.

Wir freuen uns, dass der Landkreis wie letztes Jahr von uns beantragt Teilnehmer des **Modellprojekts zur Erhöhung der Biodiversität entlang von Straßen** ist. Ziel dieses Projektes ist zu erproben, inwieweit durch sachgerechte Anlage und Pflege von Gras- und Gehölzflächen entlang von Straßen (Straßenbegleitgrün) die Artenvielfalt erhalten und gefördert werden kann.

Darüber hinaus beantragen wir möglichst viele **Gras- und Rasenflächen** des Landkreises in **Wildblumenwiesen zu wandeln**.

Weiterhin regen wir an bei der Naturschutzbehörde eine Plattform einzurichten, auf der Bürger Streuobstwiesen zur Mahd bekannt geben und Bauern diese Zusatzflächen zur Bewirtschaftung nutzen können. Dies führt zu einer **ökologischeren Bewirtschaftung** dieser Flächen.

Auf Basis der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, fordern wir die Erstellung eines **Zustandsberichts zum ökologischen Zustand der Ufer der Gewässer im Landkreis**.

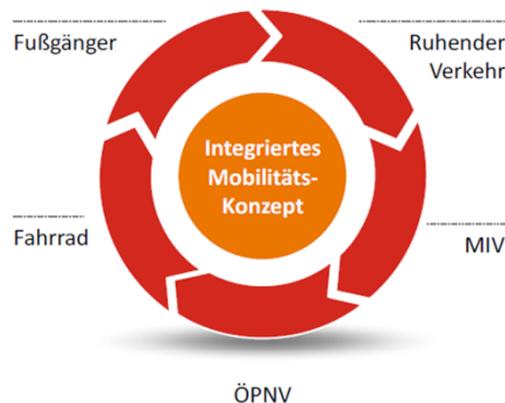
Außerdem sollte das Landratsamt bei der Vergabe seiner Aufträge den **Einsatz von Glyphosat verbieten**.

Wir beantragen, dass der Kreis die Energieagentur mit der **Durchführung einer jährlichen Klimawoche** beauftragt, mit dem Ziel einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung anzustoßen.

Wir regen an, dass der Landkreis bei den eigenen Liegenschaften **beim Strombezug schrittweise bis 2020 auf Ökostrom umsteigt**.

Verlässliche Mobilität – Mobilitätskonzept Energieagentur neue Aufgabe: Mobilitätsberatung

Mobilität im Landkreis Böblingen



Klimaschutz
Lebensqualität Vemeidung
Intermodalität Zukunftsfähigkeit
Barrierefreiheit
Verkehrssicherheit
CO₂-Reduktion
Verlagerung Verflüssigung
Stärkung vorhandener Angebote
Vernetzung



14

Folie 14

Wie schon letztes Jahr bei der Stellungnahme zum Haushalt betont, stellt mit Sicherheit eine **verlässliche Mobilität** nicht nur im Landkreis, sondern in der gesamten Region, eine unserer größten Herausforderungen, dar.

Wir beantragen **das Erfolgsmodell Energieberatung der Energieagentur Böblingen** mit der **zusätzlichen Aufgabe Mobilitätsberatung** zu erweitern.

Vielleicht ist das 10-jährige Jubiläumsjahr hierzu genau das Richtige!

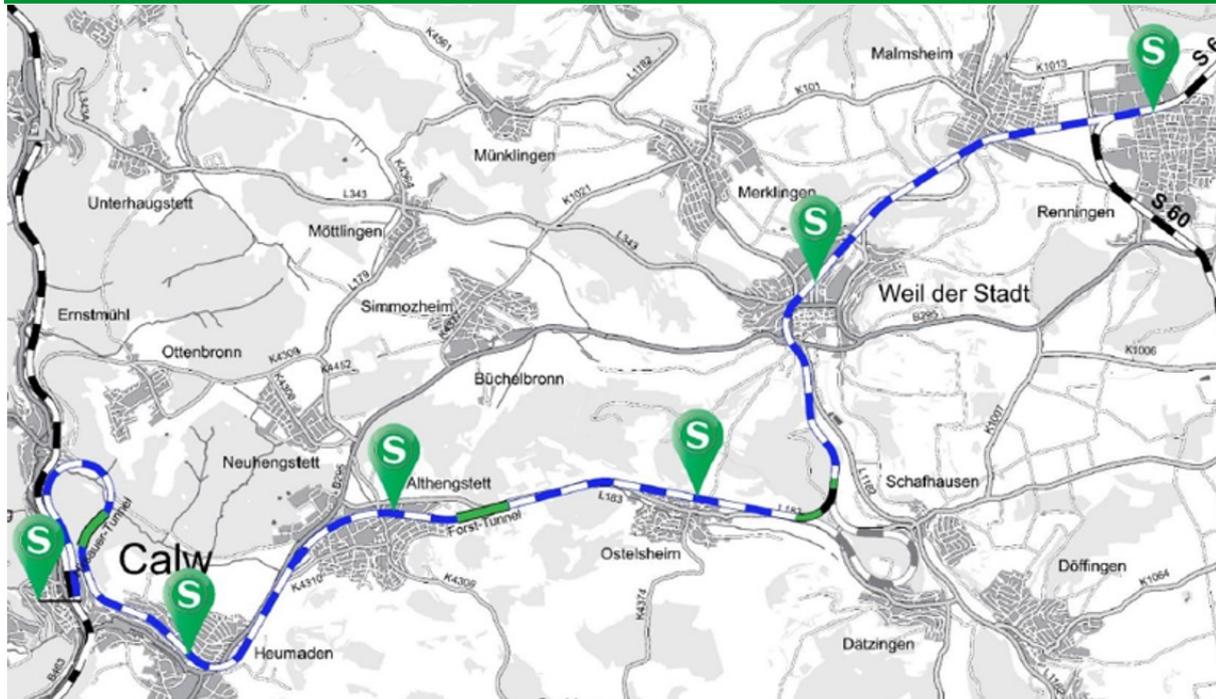
Der Aufgabenbereich sollte sowohl die Beratung von Privatpersonen, als auch Firmen (Firmenticket, Fahrrad-Leasing, Carsharing, neue Konzepte (Lastenrad, E-Van) und Kommunen (Modalsplit erleichtern, Mobilitätsaktionen, Partnersuche (AGFK, ADFC, VDC, Pro-Bahn usw.) umfassen.

Wir sollten die nächste Periode „Stadtradeln“, **als Testphase zur kreisweiten Einführung von RADar**, angesiedelt beim Landkreis als Servicestelle, auszuprobieren. Was verbirgt sich hinter RADar? Damit können kreisweit einheitlich und komfortabel Mängel an Radwegen gemeldet werden. Vielleicht können die Erfahrungen einer solchen Testphase die Angst der Verwaltungen abbauen, der Masse an Meldungen nicht nachkommen zu können.

Weiterhin regen wir an, dass sich die Fachbehörde mit dem Regionalverband in Verbindung setzt und **eine schnellstmögliche Erweiterung der S60 nach Leonberg** anstößt. Diese Verlängerung vermeidet lange Wartezeiten in Renningen und erhöht dadurch die Akzeptanz

auf den ÖPNV umzusteigen. Diese Maßnahme sollte noch vor dem Baubeginn des Ausbaus der A81 realisiert werden. Damit könnte eine Entlastung der Ersatzverbindung über die B295 und B464 von Leonberg nach Sindelfingen/Böblingen erzielt werden.

Hermann-Hesse-Bahn - Ausblick 2018



Folie 15

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei der **Hermann Hessebahn** sollten wir dringend ein **Augenmerk auf unsere Außenwirkung legen**.

Unsere Botschaft muss lauten:

Der Landkreis Böblingen will dieses Projekt nicht verhindern!

Der Landkreis Calw benötigt die Realisierung dieses Projektes und **auch wir haben einen nicht unerheblichen Nutzen** davon.

Spätestens nach der anstehenden Vorstellung der Fahrplanrobustheitsprüfung stehen alle Ampeln auf Grün!

Die Scheindiskussion S-Bahnverlängerung sollten wir fairerweise bei Seite legen, das verfolgt doch niemand ernsthaft. Wer soll das bezahlen?

Eine von uns gewünschte Streckenbegrenzung bis Weil der Stadt kippt die Förderfähigkeit.

Es ist nun an der Zeit Position zu beziehen zu folgenden Fragen:

Zweckverbandbeitritt ja/nein. Wenn ja, in welcher Form? **Höhe der Finanzierungsbeteiligung** und **Beteiligung an den laufenden Kosten**: ja/nein?

Wir wollen hier nächstes Jahr gemeinsam mit Ihnen eine Lösung finden.

Digitalisierung Gesellschaftliche Auswirkungen?

Digitale Revolution

- *Chancen und Risiken*
- *Unsicherheit / Angst*
- *Die enormen Chancen erkennen und nutzen!*

Maßnahmen ergreifen um alle am Fortschritt teilhaben zu lassen!

Folie 16

Eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren wird der **gesellschaftliche Umbau anhand der Digitalisierung** sein. Hierbei handelt es sich um eine globale Veränderung, die sowohl vielfältige Chancen, als auch Risiken beinhaltet.

Wir sind konfrontiert mit einem Fortschritt, der enorm ist, wir stehen vor einer wirklich neuen epochalen Phase vergleichbar **mit der industriellen Revolution nun die digitale Revolution!**

Selbst wenn es einem heute gut geht, spürt man: dies kann sich ändern und zwar schneller als man denkt. Das führt zu einer Verunsicherung. Es führt dazu, dass viele Menschen sich fragen: Was oder wo ist meine Position in der Zukunft?

Das generiert Angst! Wenn Menschen Angst haben, dann schützen sie sich, igeln sie sich ein. Wenn Nationen Angst haben, machen sie in gewisser Weise dasselbe. Global sieht man einen Trend zu mehr Nationalismus zu mehr Protektionismus.

Was ist die Ursache? Ist das ein Wunsch nach Überschaubarkeit und Kontrolle?

Nicht nur! Es hat viel mit dem Gefühl zu tun, dass Menschen sich ausgeschlossen fühlen. Wir müssen den Fortschritt wieder gemeinsam gestalten, damit dieser nicht mehr als Bedrohung empfunden wird.

Denn in Wirklichkeit gilt es die enormen Chancen zu ergreifen.

Digitalisierung Regionales Digitalisierungszentrum

Einige der Vorteile für den Landkreis:

- *Wirtschaftsförderinstrument*
- *Nachhaltige Entwicklung der Potentiale*
- *Anbindung kleiner und mittlerer Betriebe*
- *Digitaler Anlaufpunkt*
- *Hohe Förderquote*

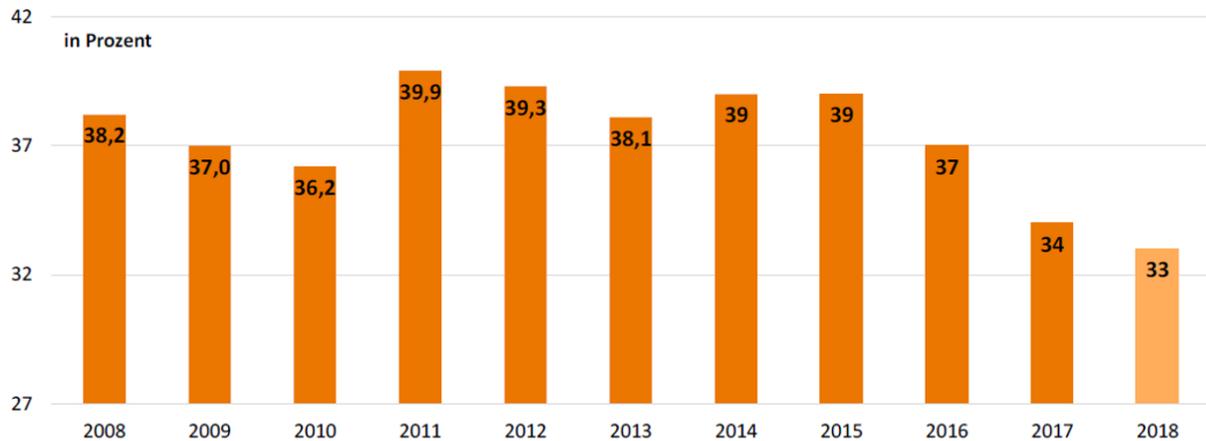
Folie 17

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam die Chancen der Digitalisierung für uns wahrnehmen. Daher unterstützen wir, den Aufbau einer zentralen, regionalen Plattform zur Vermittlung, von Digitalisierungs-Know-How – kurz den Aufbau eines **Digitalisierungszentrums für den Landkreis Böblingen**. Dieses bietet vor allem kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Möglichkeit an diesem Prozess teilzunehmen.

Im zweiten Schritt sollten wir uns jedoch auch mit den möglichen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft auseinandersetzen um zu erkennen, **welche Maßnahmen ergriffen werden müssen und können um alle am Fortschritt teilhaben zu lassen.**

Kreisumlage für 2018 Absenkung bei 33,0% belassen, Ziel 2019 auch 33,0 %

Entwicklung Hebesatz



Folie 18

Zum Abschluss noch ein paar Worte zur **Kreisumlage**.

Herr Bernhard und Herr Hinck, wir honorieren Ihre Entscheidung den absoluten Betrag der Kreisumlage nicht weiter zu erhöhen. Der Betrag bleibt nahezu unverändert. Da Sie zudem den Ansatz der Grunderwerbssteuer optimistischer gewählt haben als in den vergangenen Jahren, gehen wir davon aus, dass dieser Haushaltsansatz nicht zu übermäßigen Haushaltsüberschüssen wie in den letzten Jahren führt.

Die bisherigen Überschüsse wurden zwar für Rücklagenbildungen sinnvoll verwendet, haben jedoch trotzdem den Kommunen in deren Haushalt gefehlt.

Da wichtige Investitionen im Bereich bezahlbarer Wohnungsbau und Klimaschutz weiterhin vorrangig auf kommunaler Ebene umgesetzt werden, ist darauf zu achten, dass die Kommunen hierfür ausreichend verfügbare Mittel haben.

Wir gehen davon aus, dass sich die Zahlen nach Berücksichtigung der Novembersteuerschätzung deutlich verbessern. Dies wird zu einer geringeren Rücklagenabschmelzung führen und somit für die Folgejahre für einen Puffer sorgen.

Daher werden wir dieses Jahr **keine weitere Absenkung der Kreisumlage** fordern. Unser Ziel ist es jedoch, diesen **Hebesatz** entgegen des Ansatzes in der Mittelfristigen Finanzplanung **auch für nächstes Jahr möglichst auf 33% zu halten**.

Wir danken Ihnen, Herr Landrat und Ihrer Verwaltung, für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf, einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe.

Besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Jacob und Herr Hinck, für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Herzlichen Dank auch an die Kreistagskolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion



Roland Mundle

Anlage Anträge Grüne
